

Intersektionaler Feminismus für ein gerechtes Berlin

Ein Beitrag zu Grün.Links.Berlin am 14.03.2020

Von Anna Hoppenau, Annka Esser, Jana Brix, Julia Dittmann, Santina Wey und Vivian Weitzl

Feministische Utopien und intersektionaler Feminismus als linksgrünes Selbstverständnis

Wir Grüne streben eine Gesellschaft an, in der alle Menschen selbstbestimmt und in voller Würde ein gutes Leben führen können. In der niemand von Ausgrenzung und Gewalt betroffen ist. In der alle Menschen sich gleichermaßen einbringen können und ihre Stimmen gehört werden. In der Ressourcen und Macht gerecht verteilt sind. Dafür brauchen wir feministische Utopien, die im Kleinen und im Großen unser Handeln leiten. Denn Feminismus kämpft für Gleichberechtigung. Feminismus bedeutet, solidarisch mit allen zu sein, die Unterdrückungserfahrungen machen. Und Feminismus gibt uns das Denkwerkzeug, Ungerechtigkeiten zu erkennen und sie zu bekämpfen.

Von dieser Utopie einer Gesellschaft mit gleicher Selbstbestimmung und Chancen für alle sind wir leider noch weit entfernt. Denn zu welchen gesellschaftlichen Gruppen man gehört, hat entscheidenden Einfluss darauf, ob Beteiligung am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben möglich ist. Auch im Jahr 2020 bildet der weiße, heterosexuelle, bürgerliche, gesunde cis Mann die gesellschaftliche Norm. An ihm orientiert sich Politik und er wird in allen gesellschaftlichen Bereichen privilegiert. Wenn bestimmte Gruppen privilegiert sind, bedeutet es in der Umkehr, dass andere Gruppen benachteiligt werden. Frauen und Mädchen, inter, non-binary und trans Personen, Menschen mit Rassismus- und/oder Antisemitismuserfahrung und People of Colour, behinderte Menschen, Menschen mit niedrigem sozio-ökonomischem Status, LGBTIQ*+, von Alters- und Gewichtsdiskriminierung Betroffene und weitere Gruppen werden strukturell benachteiligt, haben nicht die gleichen Chancen auf Selbstbestimmung und Teilhabe und sind potentiell von Abwertung und Gewalt betroffen.

Es gibt nach wie vor strukturelle Diskriminierungen, die alle Frauen betreffen, einfach weil sie Frauen sind. Diese Strukturen gemeinsam und nicht in Abgrenzung zueinander zu bekämpfen, das macht Frauen stärker – alle Frauen und alle Menschen, die nicht gesellschaftlichen Normen entsprechen oder diesen entsprechen wollen. Allerdings sind Menschen, die gleich zu mehreren der oben genannten Gruppen gehören, in besonderer und spezifischer Weise von Diskriminierung und Marginalisierung betroffen. Um die spezifischen Barrieren und Unterdrückungen sichtbar zu machen, die mit diesen Verschränkungen einhergehen, gibt es das Konzept der Intersektionalität. Intersektionaler Feminismus bedeutet für uns, dass wir patriarchale Strukturen, das Machtgefälle zwischen den Geschlechtern, benennen, und es zugleich mit weiteren Diskriminierungskategorien zusammendenken, weil wir alle Formen der Marginalisierung überwinden wollen.

Damit wir gerechte Politik gestalten können und Ausschlüsse nicht selbst befördern, brauchen wir einen intersektional-feministischen Blickwinkel und Anspruch. Grüne, feministische Politik darf nicht heißen, nur weiße cis Frauen aus der Mittelschicht zu fördern, während zugleich die Schlechterstellung von anderen Frauen nicht adressiert oder in Kauf genommen wird. Ebenso wenig wie es unser Ziel sein kann, eine Gesellschaft zu entwickeln, in der der weiße cis Mann die Norm ist, darf unser Feminismus nicht nur die weiße cis Frau

aus der Mittelschicht ins Zentrum stellen. Unser Feminismus strebt eine gerechte Gesellschaft für alle an.

Diese Perspektive muss weiterhin in unserer Partei auch gegen harte Widerstände erkämpft und systematisch umgesetzt werden. Denn wenn Frauen mit Kopftuch in unseren eigenen Reihen die Selbstbestimmung abgesprochen wird, Berufsverbote im öffentlichen Dienst für sie von Einigen befürwortet werden, wenn sich Gesundheitspolitik nur an cis Frauen orientiert, wenn sich Debatten um Quoten nur um privilegierte Frauen in Spitzenpositionen drehen, wenn wir zwar über den Gender Pay Gap zwischen cis Männern und cis Frauen sprechen, aber nicht über den Pay Gap zwischen weißen Frauen und Frauen of Colour, dann ist dieser Feminismus eben nicht gerecht und zielt nicht auf das gute Leben für alle. Wenn wir Grüne Politik für alle machen, dann muss eine intersektional-feministische Haltung linkes grünes Selbstverständnis sein. Nur wenn wir diese Haltung in konkrete Politik umzusetzen und mit klarer Kante in der Partei und in öffentlichen Diskursen dafür einzustehen, können wir über alle Themenfelder hinweg gute Politik machen.

Intersektional-feministische Perspektive in Koalitionsverhandlungen und in grüner Regierungsbeteiligung konsequent umsetzen

Frauen- und Gleichstellungspolitik wurde im Koalitions-Vertrag 2016 als Querschnittsthema festgehalten, Gender-Mainstreaming und aktive Gleichstellungspolitik sollten überall verankert, bei öffentlichen Geldern immer Gender-Budgeting angewendet werden. Sollte es 2021 zu Sondierungen, möglicherweise Koalitionsverhandlungen und ggfs. einer grünen Regierungsbeteiligung kommen, muss dieser feministische Ansatz von uns Grünen weitergedacht und mit externer professioneller Expertise weiterentwickelt werden. Wir fordern:

- Ein intersektionales Gender-Mainstreaming in allen Bereichen. Das bedeutet konkret Mehrfachmarginalisierungen mitzudenken und das binäre Geschlechter-System auch jenseits der 3. Option aufzubrechen, um der Vielfalt geschlechtlicher Realitäten jenseits von Mann und Frau gerecht zu werden.
- Gender-Budgeting intersektional weiterzuentwickeln.
- Aktive Gleichberechtigungspolitik zu forcieren und mit erhöhten Haushaltsmitteln intersektional aufzusetzen.
- Gesetze, die offenkundig einige von Mehrfachmarginalisierung betroffene Frauen schlechterstellen, so wie beispielsweise das sogenannte Neutralitätsgesetz, abzuschaffen bzw. zu verändern.

Selbstkritisch bleiben und Ideale aktiv nach innen umsetzen

Unsere Gesellschaft ist vielfältig – unsere Partei spiegelt das jedoch noch nicht wider. Darum müssen wir kritisch auf uns selbst blicken, uns aktiv dafür einsetzen und dauerhafte Strukturen schaffen, die Beteiligung und Selbstbestimmung in Vielfalt auch innerhalb der

Grünen ermöglicht. Wir müssen bestehende Barrieren, die gerade marginalisierte Gruppen davon abhalten Politik zu machen, aktiv abbauen.

Vielfalt von Menschen bringt unterschiedliche Themen mit sich und auch unterschiedliche Arten Politik zu machen. Das gesellschaftliche und oft auch ein grünes Bild von guten Politiker*innen orientiert sich allerdings an männlich zugeschriebenen Eigenschaften und den Lebensläufen von akademischen und bürgerlichen Menschen ohne Care-Verantwortung, Mehrfachbelastung und Marginalisierungserfahrung. Viele Themen, Perspektiven und Kompetenzen kommen dadurch in unserer innerparteilichen Arbeit kaum zum Tragen. Wir müssen dafür sorgen, nicht die gesellschaftlich verfestigten Bilder und Normen zu reproduzieren, die Menschen die Fähigkeit zu- oder absprechen, gute Politik zu machen. Und wir müssen aktiv daran arbeiten, dass Menschen mit Diskriminierungs- und Marginalisierungserfahrung gleichermaßen Teilhabemöglichkeiten und Räume haben wie Menschen aus privilegierten Positionen.

Unsere feministische Arbeit der letzten Jahrzehnte und unser Beschluss „Plural nach vorne“ der LDK im Dezember 2017 haben bereits viele Grundlagen geschaffen, auf denen wir aufbauen können. Aber damit sind wir noch nicht am Ende, denn der Abbau von gesamtgesellschaftlichen patriarchalen, diskriminierenden und marginalisierenden Strukturen ist eine Aufgabe, die wir immer wieder evaluieren und vorantreiben müssen. Denn diese Strukturen reproduzieren sich auch (ungewollt) bei uns Grünen und Menschen, die aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeiten innerhalb unserer Gesellschaft immer wieder Widerstände erfahren, erleben diese auch innerhalb unserer Partei. Darum müssen wir für Angehörige marginalisierter Gruppen gezielt Instrumente, Bildungsangebote und Räume zum Empowerment schaffen, unsere Strukturen konsequent kritisch hinterfragen und alle unsere Themen und Forderungen intersektional-feministisch mainstreamen.